Keine Anwendung findet § 12 FGB auf die Beziehungen zwischen anderen Personen, die einen gemeinsamen Haushalt führen (z. B. rechtlich unverbindliche Lebensgemeinschaften von Mann und Frau oder Wohngemeinschaften von erwachsenen Geschwistern bzw. anderen Verwandten). Bedürfen solche Verhältnisse der rechtlichen Regelung, dann sind sie nach zivilrechtlichen Normen zu erfassen, das sind z. B. in bezug auf das gemeinsam erworbene Eigentum die §§ 34 ff. ZGB/*

Verhältnis von Rechten und Pflichten

Das Rechtsverhältnis in § 12 FGB ist der Eigenart der Familie angepaßt: subjektive Rechte und Pflichten sind bezogen auf die Gemeinschaft gestaltet und nicht — wie in Zivilrechtsverhältnissen — als Einzelverhältnis wechselseitig in Beziehung tretender Individuen.⁵

Die Rechtssubjekte sind zugleich Berechtigte und Verpflichtete gegenüber der Gesamtheit der zum Haushalt gehörenden Personen, die insoweit eine relativ selbständige, als solche jedoch nicht rechtsfähige Gemeinschaft bilden. Der Umfang der Pflicht hängt von der individuellen Leistungsfähigkeit und der Umfang des Rechts von der Bedürftigkeit im Verhältnis zu der der übrigen Familienmitglieder ab. Dadurch wird die Rolle der Familie im gesellschaftlichen Verteilungssystem widerspiegelt: Der für die Familie verfügbare Gesamtfonds für die Bedürfnisbefriedigung wird vorrangig durch die von den Familienangehörigen durch Arbeit erworbenen Mittel sowie durch Arbeitsleistungen innerhalb der Familie bestimmt. Dieser Fonds wird nach der — relativen — Dringlichkeit der Bedürfnisse jedes einzelnen und — prinzipiell — unabhängig von der beigesteuerten Leistung verteilt. Die im Haushalt lebenden Personen haben daher einen weitgehend einheitlichen Lebensstandard. Ihre persönlichen Vermögensverhältnisse sind mit denen der Gesamtfamilie verflochten. Dadurch ergeben sich einige Rechtsprobleme der Verknüpfung solcher materiellen Beziehungen, die Familienmitglieder zu Außenstehenden in der Form von zweiseitigen Rechtsverhältnissen haben.

Verflechtung von persönlichen Rechten und Pflichten mit den Rechtsbeziehungen nach § 12 FGB

Solche Verflechtungen ergeben sich aus dem FGB selbst immer dann, wenn eine der zum Haushalt i. S. des § 12 FGB gehörenden Personen entweder Berechtigter oder Verpflichteter einer Unterhaltsrechtsbeziehung zu einem anderen ist.

Hat z. B. ein im Haushalt lebendes Kind Anspruch auf Unterhalt, Halbwaisenrente u. ä., sind diese Mittel ungeachtet der persönlichen Berechtigung als Geldbetrag zu den Aufwendungen in den Haushalt einzubringen, weil das Kind aus den Aufwendungen insgesamt versorgt wird/ Weder das Kind noch der Verpflichtete kann verlangen, daß das Geld abgesondert wird, um ausschließlich für das Kind verwendet zu werden. Da die Mitglieder des Haushalts auch eine Konsumtionsgemeinschaft bilden, die alle Leistenden und Empfangenden umfaßt, kann der Lebensstandard eines unterhaltsberechtigten Kindes höher oder auch niedriger sein, als wenn es mit seinem erziehungsberechtigten Elternteil allein leben würde. Deshalb ist die Durchsetzung der Unterhaltsansprüche jedes Familienmitgliedes für die Lebensverhältnisse der gesamten Familie bedeutsam, und es müssen z. B. bei einer Ehescheidung Unterhaltsansprüche erziehungsoerechtigter Mütter (§ 29 FGB) mit der gleichen Sorgfalt geprüft und die Frauen ggf. bei der Stellung sachbezogener Anträge unterstützt werden⁷, wie das bei Unterhaltsansprüchen der Kinder (§ 25 FGB) geschieht.

Ist ein Familienmitglied einem Außenstehenden unterhaltspflichtig, wird ungeachtet der persönlichen Verbindlichkeit wirtschaftlich das Familienbudget belastet. Das entspricht der prinzipiellen Gleichrangigkeit der Ver-

sorgungsansprüche der Kinder untereinander und im Verhältnis zu den Ehegatten (§ 86 FGB), und zwar unabhängig davon, ob diese Ansprüche in Form von Aufwendungen für die Familie oder als Unterhalt erfüllt werden. Bei begrenzter Leistungsfähigkeit bedeutet das, daß die zur Verfügung stehenden Mittel unter den Berechtigten entsprechend ihrer Bedürftigkeit aufzuteilen sind. Dem Familienhaushalt steht um so weniger zur Verfügung, je mehr für den Unterhalt Dritter zu leisten ist. Folgerichtig haftet auch das gemeinschaftliche eheliche Eigentum für Unterhaltsverpflichtungen eines Ehegatten nach dessen persönlichem Vermögen unabhängig vom Fälligkeitszeitpunkt (§ 16 Abs. 1 FGB).

Die Realisierung von Unterhaltsansprüchen kann im Einzelfall dann problematisch werden, wenn der Verpflichtete ohne zwingenden Grund seine Berufstätigkeit aufgibt und nur noch Arbeitsleistungen im Haushalt erbringt, während die Geldaufwendungen allein von seinem Ehepartner erbracht werden. Die für Dauerverpflichtungen dieser Art sonst übliche Vollstreckung in den Arbeitslohnanspruch des Schuldners scheidet dann aus. Die Inanspruchnahme des gemeinschaftlichen ehelichen Eigentums ist auf die Dauer kaum erfolgversprechend. Deshalb entsteht das Bedürfnis, wegen der ausbleibenden Leistungen gegen den Ehepartner des nicht mehr berufstätigen Schuldners Vorgehen zu können, der für den finanziellen Familienaufwand zu sorgen hat, weil aus diesen Beträgen auch die Unterhaltsschuld erfüllt werden muß. Dafür eröffnet § 115 Abs. 1 ZPO einen Weg, denn für die Ansprüche auf laufenden Unterhalt ist die Berechnung eines pfändbaren Betrags nicht erforderlich (§ 101 Abs. 1 ZPO). Bei Ansprüchen auf laufenden Unterhalt und Wohnungsmiete besteht zudem kein Zweifel daran, daß sie aus den Aufwendungen erbracht werden müssen. Da nach § 115 Abs. 1 ZPO Unterhalt „und ähnliche wiederkehrende Einkünfte“ des Verpflichteten „wie Arbeitseinkünfte“ pfändbar sind, kann auch der Anspruch des Schuldners auf Versorgung aus finanziellen Aufwendungen in solchen Ausnahmefällen durch Pfändungsanordnung gegen den Ehepartner im Umfang des laufenden monatlichen Unterhaltsbetrags gepfändet werden. Leistet der Betreffende daraufhin nicht, kann er gemäß § 111 ZPO als Drittschuldner auf Ersatzleistung verklagt werden.

Eine solche Verfahrensweise ist jedoch dort ausgeschlossen, wo Zweifel daran bestehen, daß die Leistung aus den Aufwendungen zu erbringen ist (z. B. bei gerichtlich festgelegten Raten für Schadenersatz aus Rechtsverletzungen eines Ehegatten), sie entfällt auch dann, wenn nach § 102 ZPO ein pfändbarer Betrag errechnet werden müßte.

Im Gegensatz zu Unterhalt, Renten usw. ist die Aufwendungsleistung keine bezifferte Individualforderung des Unterhaltspflichtigen. Eine Berechnung auf der Grundlage eines Durchschnittseinkommens scheidet deshalb aus. Auch die Beschränkung der Pfändbarkeit des § 115 ZPO auf 50 Prozent läßt eine Vollstreckung in Aufwendungsforderungen nur zu, wenn die Höhe der vollstreckten Forderung bereits den sozialen Verhältnissen des Schuldners und seiner Familie angemessen ist (wie beim Unterhalt, evtl. auch bei laufender Wohnungsmiete/)

Auch für zivilrechtliche Beziehungen können sich aus der Eingliederung eines Beteiligten in den Familienhaushalt (§ 12) bestimmte Folgerungen ergeben. Ein Beispiel dafür ist die bereits in der Fachliteratur und Rechtsprechung erörterte Frage der Berechnung von Schadenersatzansprüchen wegen Gesundheitsschäden, die sich auf den Familienhaushalt auswirken.⁸ Der finanzielle Schaden des unmittelbaren Geschädigten kann sich zum Teil durch Einschränkungen im Fonds der Familie ergeben. Wird z. B. ein Familienangehöriger gesundheitlich so geschädigt, daß ihn ein anderes Mitglied der Familie pflegen muß, tritt ein finanzieller Verlust dann ein, wenn dieses Mitglied seiner beruflichen Tätigkeit nicht nachgehen